



Verband Berlin-Brandenburgischer
Wohnungsunternehmen e.V.

UNTERKUNFTSKOSTEN: "SENAT SCHIEBT ENTSCHEIDUNG VOR SICH HER"

10.02.2009 Fachinformation

Berlin – Der Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V. (BBU) begrüßt die heute vom Berliner Senat beschlossene Erhöhung der Richtwerte für Unterkunftskosten von 1-Personen-Haushalte. "Es handelt sich dabei aber nur um einen ersten Schritt", unterstrich BBU-Vorstandsmitglied Ludwig Burkardt. Er bedauerte, dass der Senat keine allgemeine Anhebung der Richtwerte für Unterkunftskosten für die Bezieher von ALG II vorgenommen habe. Burkardt: "Es ist notwendig, dass alle Richtwerte durchgängig entsprechend dem gestiegenen Mietenniveau angehoben werden, nicht nur die für die 1-Personen-Haushalte." Der Senat schiebe die Entscheidung zu einer generellen Anpassung der Richtwerte schon zu lange vor sich her. Mieten und Betriebskosten seien in Berlin seit Festlegung der geltenden Werte für Unterkunftskosten für alle Wohnungen gestiegen. Umzüge und Segregation drohen. Ohne eine durchgängige Erhöhung drohe, dass ALG II-Empfänger in größerem Umfang umziehen müssten. "Dann hätten wir die Entwicklung, dass sich ALG II-Empfänger zunehmend nur noch in bestimmten Wohngebieten konzentrieren", so Burkardt. Das müsse verhindert werden. Spagat zwischen Investitionszwängen und niedrigen Mieten. Burkardt wies darauf hin, dass die Mietsteigerungen in Berlin auch Folge der umfangreichen Investitionen seien, die die Wohnungsunternehmen u.a. in die energetische Modernisierung der Bestände tätigten. Burkardt: "Allein in diesem Jahr dürften die Berliner BBU-Mitgliedsunternehmen schätzungsweise 700 Millionen Euro in ihre Bestände stecken. Investieren die Wohnungsunternehmen konsequent in die energetische Modernisierung ihrer Bestände, müssen sie die Mieten entsprechend anpassen. Unterbleiben die Investitionen, steigen die Betriebskosten und machen das Wohnen teurer. Das ist ein schwieriger Spagat." Unter dem Dach des BBU sind 365 Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften der Länder Berlin und Brandenburg vereint. Die BBU-Mitgliedsunternehmen bewirtschaften gut 1,1 Millionen Wohnungen. Das sind über 40 Prozent aller Mietwohnungen in Berlin und fast 50 Prozent der Mietwohnungen im Land Brandenburg.

<https://bbu.de/beitraege/unterkunftskosten-senat-schiebt-entscheidung-vor-sich-her>